

## WILLKOMMENSKULTUR STATT ANGSTGIPFEL

# Länder unterstützen Forderung nach Reformen in der Integrationspolitik

| 9. Oktober 2013

**Die Forderung des Rates für Migration nach institutionellen Reformen in der Integrationspolitik auf Bundesebene findet immer mehr Zustimmung auch auf Länderebene. NRW-Integrations- und Arbeitsminister fordert: „Dialog auf Augenhöhe statt sicherheitspolitisch dominierter Angstgipfel“.**

Die Forderung des Rates für Migration (RfM) nach institutionellen Reformen in der Integrationspolitik findet in der Politik [immer mehr Zustimmung](#). In einem [offenen Brief](#) hatten zahlreiche Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und weitere Erstunterzeichner die neue Bundesregierung aufgefordert, die Zuständigkeit der Integrationspolitik aus dem Innenministerium auszulagern und ein neues Querschnittsministerium zu schaffen.

Diese Idee findet Anklang. Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) etwa, der in seinem Ministerium bereits seit drei Jahren auch die Ressorts Arbeit und Soziales vereint, erklärte: „Integration ist vor allem das Vorantreiben der Teilhabe von Migranten an Arbeit, Qualifikation, Mitbestimmung und Chancengerechtigkeit.“ Deshalb sei es richtig, was viele Experten forderten, „nämlich die Integrationspolitik im Bund aus dem Innenministerium herauszulösen und die Zuständigkeit bei einem anderen Ressort anzusiedeln, das weniger von sicherheitspolitischen Interessen überlagert ist“.

### **Gute Erfahrungen in den Ländern**

Zwar sollen Sicherheitsaspekte weiterhin im Innenressort angesiedelt bleiben; die gesellschaftliche Integration müsse aber anderswo gebündelt werden. Ziel müsse sein: das Thema Integration zu erden und endlich zu einem gestalterischen Handlungsfeld zu entwickeln. Die bisherige Integrationsdebatte hingegen sei weitestgehend von einem rein intellektuellen und oft folgenlosen Diskurs geprägt gewesen.

„Wir machen in NRW seit drei Jahren sehr gute Erfahrungen mit unserem Ressortzuschnitt und verbinden die Integrationsfrage mit Fragen der Beschäftigung, Ausbildung, Fachkräfterekrutierung und sozialen Maßnahmen im Kampf gegen Armut“, erklärte Schneider dem MiGAZIN. Das Ergebnis lasse sich sehen: „Die Beschäftigungsquote der Migranten steigt, höhere Schulabschlüsse werden immer öfter erreicht, deutlich mehr Migranten lassen sich einbürgern und die Willkommenspolitik Nordrhein-Westfalens führt zu einem Dialog auf Augenhöhe mit den Migrantinnen und Migranten auf Landesebene und in den Kommunen“, so der Minister.

**Zur Petition:** Sie unterstützen die Forderung des Rates für Migration? Auf [change.org](http://change.org) können Sie die Forderung unterzeichnen und die Forderung nach institutionellen Reformen unterstützen.

Gute Erfahrungen mit der Verlegung der Zuständigkeit für Integrationspolitik in ein sozialpolitisches Ressort hat auch das Land Rheinland-Pfalz gemacht. Dort hat die rot-grüne Landesregierung im Jahr 2011 das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen geschaffen mit den Bereichen des gesamten Ausländer- und Einbürgerungsrechts und der Fluchtaufnahme. „Dieser Ressortzuschnitt hat sich sehr gut bewährt“, erklärte das Ministerium diesem Magazin.

### **Willkommenskultur statt Angstgipfel**

Auch das Land Schleswig-Holstein findet „Überlegungen zur institutionellen Reformen in der Integrationspolitik sind lohnenswert. Wie das Innenministerium gegenüber dem MiGAZIN erklärte, herrsche auf „Bundesebene eine komplexe, vielschichtige und zum Teil schwer zu koordinierende Kompetenzvielfalt“. Migration und Integration seien wichtige Themen von Gegenwart und Zukunft, die inzwischen fast alle Politik- und Verwaltungsbereiche betreffen und „auf Bundesebene entsprechender Rahmenbedingungen bedürfen, die einer zukunftsweisenden Integrationspolitik Rechnung tragen“.

Schneider ergänzt: Selbstverständlich sei Integration ein Querschnittsthema. Entsprechend befinde sich das NRW-Integrationsministerium mit allen anderen Ressorts der Landesregierung im ständigen Austausch. Wichtig sei nun, so Schneider, dass die Integration im Bund „endlich Fakten schafft: Eine bessere Teilhabe am Arbeitsmarkt statt wachsender Armut, einen Dialog auf Augenhöhe statt sicherheitspolitisch dominierter Angstgipfel, eine Willkommenskultur – statt hoher Hürden und Assimilationsdruck – mit mehr Einbürgerungen durch eine Doppelstaatsangehörigkeit.“ (bk)

---

Article printed from MiGAZIN: <http://www.migazin.de>

URL to article: <http://www.migazin.de/2013/10/09/laender-unterstuetzen-forderung-nach-institutionellen-reformen/>

Copyright © 2009 - 2013 MiGAZIN. All rights reserved.